

# Vom Staat finanzierte USA-Klassenfahrt

Beitrag von „blabla92“ vom 7. November 2015 20:32

Nichts spricht dagegen. Wir alle wissen genau, dass man sogar in einer Juhe in der Nähe eine wundervolle Woche gemeinsam verbringen kann und jede Menge lernt.

Aber: Unsere Abiturienten finden das nicht verlockend. Sie würden sich bestraft und benachteiligt fühlen, wenn man diese Art von Studienfahrt einführt. Im Zeitalter der schrumpfenden Schülerzahlen wäre eine solche pädagogisch wunderbar begründbare Massnahme für meine Schule Selbstmord. Wenn bisher Fahrten bei uns angeboten werden, die beispielsweise Wandern im Inland als Schwerpunkt haben oder ein unbekanntes, kleines Ziel im Ausland, werden sie praktisch nicht von den Schülern gewählt.

Also gehen wir weiterhin den Mittelweg, für die Schüler attraktive Ziele anzubieten, die aber auch für kleine Geldbeutel (manchmal durchaus mit Aufwand) finanzierbar bleiben sollen und die wir abseits der ausgetretenen Touristenpfade zeigen wollen. Und immer haben wir Schüler dabei, die noch nie im Ausland waren und große Augen in der Fremde machen oder vom Ausland nur ein Strandhotel und einen Strand kennen, nicht Kultur eines anderen Landes erlebt haben (nein, das sind nicht immer nur H4ler, das sind auch Leute aus dem gesettelten Mittelstand dabei...) - da sind wir manchmal die einzigen, die ihnen eine andere Seite des Lebens zeigen. Das ist für mich Teil unseres Bildung- und Erziehungsauftrages.

Um das zu erreichen, reicht aber eine kleine Fahrt nach Prag, Rom, London, Paris oder in kleinere Städte, die bisher manchmal nur 250, aber allerhöchstens 430 Euro gekostet hat und von den Schülern sogar selbst angespart werden könnte.

New York anzupeilen ohne Austauschmaßnahme oder Partnerschaft, noch dazu komplett aus öffentlichen Geldern finanziert, zu einem Preis, der einer unermesslich viel größeren Gruppe von Schülern ein solches Erlebnis woanders ermöglicht hätte, halte ich für komplett fehlgeleitet. Ja, die Elbphilharmonie kostet noch mehr, aber ich als Staatsdienerin verstehe Verschwendung von Steuergeldern anderswo nicht als Aufforderung, das ebenso zu tun.